



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

F., G.: Die Stimmungen der preußischen Partei in Deutschland.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die Stimmungen der preussischen Partei in Deutschland.

Aus Thüringen.

Verehrte Redaction!

Gestatten Sie einem alten Mitarbeiter der Grenzboten fortan zuweilen von den Wünschen und Befürchtungen zu schreiben, welche bei den Anhängern Preußens außerhalb der preussischen Grenzen in der gegenwärtigen kritischen Lage des Staats laut werden. Nirgend vielleicht in Deutschland ist die Zahl treuer Preußen so groß als in den Landschaften zwischen Harz und Thüringer Wald, und nirgend empfindet der Einzelne so schmerzlich als hier, daß ihm bei den Gefahren, welche jetzt einer gesunden Entwicklung preussischer Verhältnisse drohen, wenig Anderes übrig bleibt, als die Rolle eines leidenden Zuschauers.

In Nr. 14 der Grenzboten war bei einer Skizze Massua's und der Bogosländer gegen einen warmherzigen und patriotischen Fürsten Thüringens ein leiser Vorwurf ausgesprochen, daß er gerade jetzt Muße zu einer weiteren Reise gefunden habe. Weshalb sollte er gerade jetzt nicht reisen? Eine Fahrt nach dem Nil und an die Küste des Nothen Meeres ist kaum beschwerlicher und zeitraubender, als im vorigen Jahrhundert eine Reise in die Alpen der Schweiz. Und den Berliner Ereignissen gegenüber sind unsere Fürsten, wie eifrig und patriotisch sie empfinden mögen, fast genau so einflußlos, als jeder Privatmann. Und wahrscheinlich fühlen sie die Unmöglichkeit zu helfen nicht weniger peinlich, als wir Andern.

Unterdeß blickt man hier mit größter Spannung auf die beginnende Wahlbewegung in Preußen. Es ist schon jetzt möglich, über den Ausfall der nächsten Wahlen eine Wahrscheinlichkeitsberechnung anzustellen. Die Warnungen und Wahlbefehle der neuen Minister werden allerdings eine Wirkung ausüben, die Minister haben sich selbst zuzuschreiben, wenn das Resultat nicht ganz ihren Wünschen entspricht. Ohne Zweifel werden die Junkerpartei und die willfährigen Beamten dem Ministerium eine Anzahl Stimmen in den Landkreisen zu werben wissen. Wer die erregte Stimmung des Landes mit den Erfahrungen früherer Jahre zusammenhält, der wird schwerlich einen bedeutenden Rechnungsfehler machen, wenn er den Gewinn des Ministeriums auf ungefähr 30 Stimmen anschlägt. Ein theuer erkaufter und unfruchtbarer Gewinn. Denn diese dreißig Stimmen sind ungenügend, dem Ministerium eine Hilfe zu gewähren. Aber was noch mißlicher ist, sie werden nicht der Fortschrittspartei, sondern den Altliberalen verloren gehen. Und diese Fraction, welche noch in der vorletzten Session die Majorität in der Hand hielt, wird voraussichtlich zu einer Minderzahl zusammenschmelzen, welche auch bei irgend einer glücklichen Combination von Zufällen schwerlich im Stande wäre, weder einem Ministe-

rium Stütze zu geben, noch selbst eine lebensfähige Regierung aus den Talenten ihrer Mitte zu besetzen.

Zu dieser Aussicht haben nicht wenig die Wahlerlasse der neuen Minister beigetragen, denn ein großer Theil der Beamten ist dadurch neutralisirt worden, und ihre Thätigkeit als Wähler, Wahlmänner und Deputirte wäre vorzugsweise den Altliberalen zu Gute gekommen. Auf der andern Seite hat der Polizeigeist der Erlasse die öffentliche Meinung sofort gegen das neue Ministerium erbittert; die Fortschrittspartei wird den nächsten Nutzen davon ziehen, aber auch sie wird eine Anzahl ihrer besonnenen Candidaten verlieren und die Lücken durch neue Namen oder solche Persönlichkeiten ausfüllen, welche in den letzten Kammern noch keine Aussicht hatten, gewählt zu werden. Diese Veränderung in der Zusammensetzung der Fortschrittspartei wird wieder nicht dazu beitragen, ihre Haltung ruhig, ihr Auftreten vorsichtig zu machen.

Deshalb läßt sich schon jetzt voraussagen, daß die Gegensätze in der nächsten Session des Abgeordnetenhauses sehr feindlich gespannt sein werden, und daß die Hoffnung gering ist, dem Gegensatz werde sofort eine befriedigende Versöhnung der Krone mit der Volksstimmung und eine feste liberale Regierung folgen. — Unterdeß hat durch die letzten indiscreten Enthüllungen der Presse das Ministerium v. d. Heydt einen Schlag erhalten, den es nur schwer überwinden wird.

Das Volk erkennt vielleicht aus den Reformen, welche jetzt plötzlich in den Steuern und dem Militäretat eingeführt werden sollen, einen Fortschritt und Sieg, eine Frucht des innern Parteikampfes, aber es fühlt sich dafür dem Ministerium durchaus nicht verpflichtet. Daß der Trieb der Selbsterhaltung Herrn v. d. Heydt diese Concessionen abgezwungen hat, wird seine Stellung dem nächsten Landtage gegenüber nicht klarer und leichter machen, und die Art und Weise, wie seine Pläne an das Licht getreten sind, trägt, so fürchten wir, nicht dazu bei, seine Popularität zu erhöhen.

Es wäre nicht unmöglich, daß der neue Finanzminister mit Collegen, über welche er eine souveräne Herrschaft ausübt, sich zu dem neuen Abgeordnetenhaus freundlich stellen könnte. Ein kräftiger, herrschlustiger Wille, in Preußen so selten, vermag sich wohl eine widerwillige Anerkennung zu erzwingen. Aber dazu wäre ein vollständiger Wechsel seiner Parteitaktik nothwendig. Wer in der nächsten Zukunft in Preußen mit Erfolg regieren will, der muß, wie er auch heiße, die Unterstützung der Fortschrittspartei für sich gewinnen. Diese Thatsache mag man bedauern, sie ist unleugbar. Man kann diese Partei nicht mehr ignoriren, kein kluger Politiker wird sie mit Abneigung und Hochmuth behandeln. Es ist hohe Zeit, daß man sich gewöhne, sie als einen berechtigten Factor im Leben des Staates zu betrachten, und es ist durchaus unfruchtbar, ihr heut noch vorzuhaltten, daß sie im ersten Jahre ihrer politischen Thätigkeit

in einer unangenehmen Verbindung mit den Demagogen der Pflastersteine stand. Auch sie hat, wie wir alle, an den Lehren und Leiden des letzten Jahrzehnts ihren Theil gehabt, sie ist gegenwärtig die Schule geworden, in welcher ein großer Theil der jungen Kraft Preußens sich für das öffentliche Leben herانبildet. Es mag für den Gentleman unserer altliberalen Partei un bequem, zuweilen sogar peinlich sein, die Launen, den Mangel an parlamentarischer Zucht und das heftigere Temperament dieser jüngern Rivalen zu ertragen, er wird sich doch dazu überwinden müssen. Ja, das Interesse Preußens fordert noch mehr.

Immer wieder muß gesagt werden, daß jeder große Erfolg des Liberalismus, alles Ansehen Preußens in Deutschland und Europa von einer Vereinigung der beiden großen liberalen Fractionen abhängt. Es gab im vorigen Jahre einige Wochen, wo man eine solche Hoffnung hegen durfte; und diese Wochen waren es, in denen ein fröhliches Vertrauen auf die Kraft Preußens die Gemüther durch ganz Deutschland erhob. Die Reden bei der Krönung, das Verhalten der liberalen Minister gegen die Fortschrittsmänner im Abgeordnetenhaus, das Gezänk der Tagespresse, haben damals eben so sehr, als der argwöhnische Eifer der neuen Partei, diese nothwendige Vereinigung gehindert. Die Folgen dieser Fehler haben wir jetzt zu tragen. Popularität und Ansehen der höchsten Staatsautorität haben Einbuße erfahren, die liberalen Minister sind aus ihren Stellen entfernt, in Preußen ist Unzufriedenheit, außerhalb Preußens Mangel an Respect allgemein geworden, die Thätigkeit der großen Staatsmaschine nach innen und außen ist gehemmt.

Die Schuld, daß es so gekommen ist, tragen alle Theile. Und es wäre unerklärlich, wie verständiger Sinn der Parteiführer in Preußen sich der einfachen Wahrheit verschließen konnte, daß Einigkeit stark macht, wenn man nicht wüßte, daß persönliche Gegensätze in der Politik fast immer die Gegensätze in den Ueberzeugungen zu überleben pflegen. Denn im Großen betrachtet ist die Verschiedenheit der politischen Ueberzeugungen zwischen dem gemäßigten Führer der Fortschrittspartei und dem liberalen Parteigenossen der Constitutionellen so gering, daß er fast nur in kleinen Verschiedenheiten des Temperaments, des Alters, der gemüthlichen Neigungen beruht.

Die Gefahr aber, welche in der Gegenwart dem preußischen Staate droht, ist erstens: daß das neue Ministerium, wie gemäigt es auch regieren wolle, durch den Haß der Liberalen immer weiter nach rechts gedrängt wird, bis es die Majestät der Krone zu einem Bundesgenossen der feudalen Partei herabwürdigt und den alten verhassten Polizeistaat neu einrichtet, um sich zu halten. Ferner, daß die Fortschrittspartei in einem herben Kampfe gegen ein reactionäres Ministerium an Geduld und Vertrauen verliert und mit einem Pessimismus erfüllt wird, der dem Staate zum Ansehen werden muß; endlich, daß die alt-

liberale Partei, eingeklemmt zwischen heftigen politischen Gegensätzen, an Zahl und Einfluß ihrer Mitglieder schnelle Verluste leidet und in einem Kampfe nach zwei Seiten sich erfolglos aufreibt.

Wir meinen, daß weder der Constitutionelle, noch der besonnene Führer der Fortschrittsmänner sich der Einsicht dieser Gefahren verschließen kann, es ist unnöthig, hier das Bild des Unheils auszumalen, welches über Preußen kommen muß, wenn die Schwäche, an welcher der Staat in diesem Augenblicke leidet, verlängert wird. Und noch ist es möglich, ein gehäuftes Maaß von Demüthigungen und verkehrten Maßregeln abzuwehren, wenn sich die beiden Parteien entschließen können, in der nächsten Sitzung fest und loyal zusammen zu stehen.

Der erste Schritt zu einer Versöhnung der liberalen Fractionen und einem erfolgreichen Kampfe ist aber Vereinigung der leitenden Wahlcomités über dem Grundsatz: Wiederwahl der alten Deputirten, in der Weise, daß beide Fractionen einander einträchtig unterstützen. Von diesem Compromiß würden in den meisten Kreisen die Constitutionellen den Vortheil haben, und man mag zugeben, daß es nach Manchem, was vorausgegangen, einer gewissen Selbstverleugnung der Fortschrittspartei bedarf, alte Gegner zu unterstützen. Es ist aber auch für die Linke in so hohem Grade wünschenswerth, Deputirte wie Saucken-Julienfelde, Kühne, Sanger, Patow, Graf Pückler in dem neuen Abgeordnetenhanse zu finden, daß sie deshalb wohl von der gewöhnlichen Parteitaktik abgehen sollte. Denn bei dem Uebergang aus einem persönlichen Regiment in ein constitutionelles, welcher sich jetzt in Preußen zu vollziehen beginnt, werden solche Männer, welche in einem gewissen persönlichen Verhältniß zu der höchsten Autorität des Staates stehen, für jeden Act der Annäherung und Versöhnung unentbehrlich sein. Alles aber, was einer Vereinigung der wählenden Parteien entgegengehalten wird, ist unwichtig gegenüber dem Erfolg, den zu erreichen der Patriotismus beider bemüht ist.

Ein fernerer Schritt zur Vereinigung der liberalen Fractionen würde die Einsetzung eines gemeinsamen Parteirathes sein, der aus wenigen Mitgliedern zu bestehen und vor der Eröffnung des Landtags zusammenzutreten hätte. Zur Zeit soll von seiner Aufgabe die Rede sein.

Lebhafter als in Preußen selbst fühlen die Mitglieder der preußischen Partei außerhalb des Staatsgebiets, wie sehr ein schneller und großer Erfolg der liberalen Parteien für Würde und Dauer des Königthums, Ehre und Größe des Staates nothwendig ist. Wir preußisch Gesinnten außerhalb der acht Provinzen werden von den innern Parteifragen nicht unmittelbar berührt, aber wir sind, abgesehen von individuellen Neigungen, auch deshalb liberal, weil wir preußisch sind. Wir würden auch einem conservativen oder reactionären Ministerium innig dankbar sein für den kleinsten Zuwachs an Macht und Einfluß,

welchen es dem Staat unsrer Hoffnung durchzusetzen vermöchte, aber grade wir vermögen mit Händen zu greifen, daß jeder große und dauerhafte Gewinn gegenwärtig nur durch ein aufrichtiges Bündniß des Staates mit den liberalen Volkswünschen möglich wird. G. F.

### Literatur.

Siebzehn parlamentarische Reden und drei Vorträge von Stahl. Berlin, Verlag von Wilhelm Herz. 1862.

Die Quintessenz der politischen Meinungen des berühmten jüdischen Sophisten, von dessen Geist die preußischen Feudalen sich den besten Theil ihrer Stichwörter machen und ihre Ansprüche in eine Art System bringen ließen. Er selbst hat in seinem letzten Willen die Auswahl aus der Reihe seiner Reden getroffen und zwar in der Absicht, in dieser Zusammenstellung der Welt sein politisches Glaubensbekenntniß zu hinterlassen. Auch gab er diesen Reden in Darstellung und Diction den Vorzug vor andern. Unsern Gegensatz gegen jenes Credo zu entwickeln, ist nicht nöthig, und so beschränken wir uns auf eine kurze Inhaltsanzeige. Das Ganze zerfällt in vier Abtheilungen, von denen sich die erste auf Königthum und Verfassung, die zweite auf die Aristokratie bezieht, während die dritte die Ansichten Stahls von dem Verhältniß des Staats zur Kirche, die vierte seine Stellung zu verschiedenen Fragen der deutschen und der auswärtigen Politik Preußens darlegt. Die erste Abtheilung enthält vier Reden: über Steuerverweigerung und parlamentarische Regierung, Revision der Verfassung, den Antrag des Grafen v. Saurma-Zeltsch auf Aufhebung der Verfassung (1853) und die Spielhäuser in Deutschland. Die zweite besteht aus den Reden Stahls über die Fideicommissie und über die Bildung der ersten Kammer. Die dritte umfaßt die Rede über Trennung von Kirche und Staat, welche am 3. October 1849 in der Kammer gehalten wurde, und die am 13. März 1855 über das Ehescheidungsgezet gehalten. Die Reden des vierten Abschnitts behandeln: die deutsche Kaiserwahl, die Actenstücke über das Drei-Königs-Bündniß und den darauf bezüglichen Antrag Camphausens (eine in der ersten Kammer am 27. August 1849 blos angemeldete Rede), die Enbloe-Annahme der deutschen Bundesstaatsverfassung, die schleswig-holsteinische Angelegenheit (von 1851), die holstein-lauenburger Angelegenheit (1857), den orientalischen Krieg und Preußens Stellung zu demselben, endlich die italienische Frage im Jahre 1859. Beigegeben sind drei Vorträge: die bekannte Rede „Was ist Revolution?“, die auf Veranstaltung des Evangelischen Vereins für kirchliche Zwecke 1852 gehalten wurde, die Rector-Rede Stahls über Friedrich Wilhelm den Dritten und eine, ebenfalls im Evangelischen Verein zu Berlin, am 18. März 1861 gehaltene Lobrede auf den verstorbenen König Friedrich Wilhelm den Vierten. Die dem Text sich anschließenden Vor- und Nachbemerkungen sind der von Stahl selbst besorgten Herausgabe seiner Reden aus den Verhandlungen der preußischen ersten Kammer und des Volkshauses des deutschen Unionsparlaments 1849 und 1850 sowie der Stahl'schen Rechtsphilosophie entnommen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von C. C. Elbert in Leipzig.